



CDU-FDP-Gruppe im Ortsrat Rethen, Dr.-Alex-Schönberg-Str. 42, 30880 Laatzen

Antrag - öffentlich -

Beratungsfolge:

Drucksachen-Nr.: 2019/006/1

Ortsrat Rethen	am 05.02.2019	TOP:
Ausschuss für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Feuerschutz	am 25.02.2019	TOP:
Verwaltungsausschuss	am 07.03.2019	TOP:
Rat der Stadt Laatzen	am 07.03.2019	TOP:

Aussetzen von Maßnahmen aus dem Verkehrsentwicklungsplan - Antrag der CDU-FDP-Gruppe im Ortsrat Rethen

Stadt Laatzen
Marktplatz 13
30880 Laatzen

Über
Frau Ortsbürgermeisterin
Helga Büschking

Laatzen, 22.01.2019

Sehr geehrte Frau Ortsbürgermeisterin,

im Auftrag der Gruppe CDU-FDP im Ortsrat Rethen stelle ich folgenden Antrag zur Beratung und Beschlussfassung im Ortsrat Rethen sowie den anderen beteiligten Gremien:

Antrag:

Die Verwaltung möge sich mit der Region Hannover dahingehend abstimmen, dass die Maßnahmen zur Radwegführung im Bereich Rethen und Gleidingen erst in die detaillierte Planung gehen, wenn in diesem Bereich alle Hochbahnsteige errichtet sind und in Betrieb genommen wurden.

Begründung:

Die im Verkehrsentwicklungsplan empfohlene Maßnahme zur Entwicklung des Radverkehrs im Bereich der Hildesheimer Straße Rethen, Galgenberg bis Gleidingen, Am Steinacker beschreibt in Fahrtrichtung Gleidingen einen Radschutzstreifen. In Fahrtrichtung Rethen eine fahrbahnintegrierte Führung. Diese Planung hat bei den Bürgern zu großen Diskussionsbedarf geführt. Wobei klar wurde, dass erhebliche Bedenken im Bereich Sicherheit und ausreichende Fahrbahnbreite bestehen. Aus unserer Sicht ist eine diesbezügliche Planung erst möglich, wenn in diesem Bereich alle Baumaßnahmen, die Einfluss auf die Fahrbahn haben, abgeschlossen sind. Hierzu gehören insbesondere die Baumaßnahmen zu den Hochbahnsteigen Galgenbergweg und Orpheusweg. Erst nachdem diese Bahnsteige in Betrieb genommen wurden, kann abgeschätzt werden, welche Maßnahmen für den Radverkehr an dieser Stelle sinnvoll sind. Eine vorab umgesetzte Änderung der Radwegführung könnte mit den Planungen zu den Hochbahnsteigen kollidieren. Um langfristig für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt eine für alle tragbare Lösung, die auch den Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung entspricht umzusetzen, bitten wir die Verwaltung in Gesprächen mit der Region Hannover darauf hinzuwirken, die Planungen zur Radwegführung erst nach Inbetriebnahme der Hochbahnsteige aufzunehmen.

Elke Heinrich